Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/2919

07. 11. 95

Änderungsantrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1996
— Drucksachen 13/2000 Anlage, 13/2593, 13/2606, 13/2626, 13/2627, 13/2630 —

hier: Einzelplan 06
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 06 40 Titel 684 05 – 246 – Zuwendungen an zentrale Organisationen und Verbände, die der Eingliederung der Aussiedler, Übersiedler, Vertriebenen und Flüchtlinge dienen – die Zuwendungen für die Landsmannschaft Ostpreußen (LMO) ersatzlos zu streichen.

Bonn, den 7. November 1995

Ulla Jelpke
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Die Landsmannschaft Ostpreußen hat im Haushaltsjahr 1994 knapp 700 000 DM erhalten. Nach § 96 BVFG erhielt die LMO 1994 ca. 671 000 DM, über den BdV weitere 87 000 DM und über die Bundeszentrale für politische Bildung weitere 11 000 DM.

In ihrer Zeitung „Ostpreußenblatt" wird für rechtsextreme und ausländerfeindliche Verlage und Buchautoren geworben (so z. B. für Bücher von Adolf von Thadden, Pierre Krebs, Richard W. Eichler, Max Klüver, Dietmar Munier, Alain de Benoist, Hamilton Fish, Herbert Taege, H.-D. Sander, Michael Braga alias Hans-Michael Fiedler, Eckhart Knaul), rechtsextreme Autoren wie Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Emil Schlee, Hendrick van Bergh, Martin Jenke, Klaus Kunze, Karl-Heinz Spiess, Manfred Ritter, Helmut Kamphausen, Ullrich Hoppe usw. können hier publizieren.

Im „Ostpreußenblatt" vom 23. April 1994, wenige Tage nach dem Anschlag auf die Synagoge in Lübeck, führte der Autor Ullrich Hoppe zu den neuesten Forschungen Ernst Noltes aus, daß Nolte „sich mit den Thesen revisionistischer Historiker ernsthaft beschäftigt. Statt diese – wie in den Medien üblich – von vornherein als abartige Verbrecher darzustellen, scheut Nolte sich nicht, diesen Leuten zu attestieren, daß sie ‚nach Beherrschung des Quellenmaterials und zumal in der Quellenkritik diejenigen (Untersuchungen) der etablierten Historiker in Deutschland vermutlich übertreffen'. Den Atem verschlägt es einem, wenn Nolte dann auch die Frage nach ‚sechs Millionen' und dem Vorhandensein von Gaskammern derart stellt, daß die Antwort nicht bereits vorgegeben ist". Der Autor, der weiß, was er tut, schreibt fasziniert über diesen Schulterschluß Notels mit den Auschwitz-Leugnern weiter: „Die Bewunderung verdient der Verfasser für seine in Deutschland so seltene Zivilcourage schon jetzt."

Diese Form der Zivilcourage kennt man in Deutschland aber auch beispielsweise vom NPD-Vorsitzenden Deckert, der just eben jene revisionistischen Historiker nach Deutschland einlud und übersetzte, mit denen sich Nolte hier so wohlwollend beschäftigt.

Dies ist kein Einzelfall: Das „Ostpreußenblatt" hat sich nach dem Anschlag auf die Synagoge in Lübeck in einem Leitartikel schützend vor die Republikaner gestellt, als deren damaliger Vorsitzende Schönhuber den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, als „Volksverhetzer" beschimpfte (Ostpreußenblatt vom 16. April 1994). (Zur rechtsextremen Durchsetzung des Organs der LMO vgl. Drucksache 12/8362)

Die LMO hat sich in keiner Weise öffentlich von ihrem Organ distanziert und auch keine pesonellen Konsequenzen aus dieser Propagierung rechtsextremer und geschichtsrevisionistischer Inhalte gezogen.

Das Land Baden-Württemberg hat, als es erfuhr, daß der BdV in Stuttgart im „Haus der Heimat" eine Veranstaltung mit dem Rechtsextremisten Bansleben durchführen wollte, dem BdV untersagt, diese Veranstaltung in der aus öffentlichen Mitteln geförderten Einrichtung durchzuführen (vgl. Junge Freiheit 49/94). Dieses Beispiel des konsequenten Vorgehens des badenwürttembergischen Innenministeriums gegen rechtsextreme Umtriebe in den Vertriebenenverbänden sollte sich der Deutsche Bundestag zum Vorbild nehmen. Solange die LMO nicht gegen die rechtsextreme Infiltration in ihrem Organ, dem „Ostpreußenblatt", vorgeht, erhält sie keine Mittel mehr aus dem Bundeshaushalt.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333